

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen
Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs

am 14./15.11.2012

1. Fortbestand einer Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt nach § 7 Abs. 3 SGB IV bei Zubil-
ligung einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit

Nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV gilt eine Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt als fortbeste-
hend, solange das Beschäftigungsverhältnis ohne Anspruch auf Arbeitsentgelt fort dauert,
jedoch nicht länger als einen Monat. Aufgrund dieser Fiktionsregelung bleibt die an die ent-
geltliche Beschäftigung geknüpfte Versicherungspflicht der Arbeitnehmer in den einzelnen
Versicherungszweigen für eine begrenzte Zeit der Arbeitsunterbrechung ohne Entgeltzah-
lung erhalten. Für diese Zeit, in der eine versicherungspflichtige Beschäftigung (fort-)be-
steht, sind Sozialversicherungstage (SV-Tage) anzusetzen. Dementsprechend sind diese
Tage bei der Ermittlung der anteiligen Jahresbeitragsbemessungsgrenzen nach § 23a
Abs. 3 Satz 2 SGB IV im Rahmen der beitragsrechtlichen Behandlung von Einmalzahlungen
zu berücksichtigen.

Eine Beschäftigung gegen Arbeitsentgelt gilt nach § 7 Abs. 3 Satz 3 SGB IV jedoch nicht als
fortbestehend, wenn Krankengeld, Krankentagegeld, Verletztengeld, Versorgungskranken-
geld, Übergangsgeld oder Mutterschaftsgeld oder nach gesetzlichen Vorschriften Elterngeld
bezogen oder Elternzeit in Anspruch genommen oder Wehrdienst geleistet wird. Ein Fortbe-
stehen der entgeltlichen Beschäftigung für längstens einen Monat kommt nach § 7 Abs. 3
Satz 4 SGB IV ebenfalls nicht für die Zeit der Inanspruchnahme von Pflegezeit im Sinne des
§ 3 PflegeZG in Betracht.

Der Fortbestand des entgeltlichen Beschäftigungsverhältnisses nach § 7 Abs. 3 SGB IV ist
somit auf die Sachverhalte beschränkt, in denen - ohne dass das Arbeitsverhältnis beendet
ist - ein Anspruch auf Arbeitsentgelt aus der Beschäftigung nicht besteht und auch bestimm-
te Entgeltsatzleistungen nicht bezogen werden oder bestimmte Tatbestände nicht vorlie-
gen, an die eigenständige versicherungsrechtliche Folgen geknüpft sind und die somit den
Fortbestand des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses entbehrlich machen.
Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses endet auch die Wirkung des § 7 Abs. 3 Satz 1
SGB IV.

Die Zubilligung einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit schließt die Anwendung des § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV nicht aus. Dies gilt, solange das Arbeitsverhältnis (weiterhin) besteht, längstens für einen Monat.

Die Beendigung eines Arbeitsverhältnisses wegen dauerhafter oder zeitlich begrenzter Erwerbsminderung ist - ebenso wie bei Erreichen einer Altersgrenze, die zum Bezug von Rente wegen Alters berechtigt - gesetzlich nicht vorgeschrieben. Das Arbeitsverhältnis endet aus vorgenannten Anlässen jedoch dann, wenn dies in einem Tarifvertrag, einer Betriebsvereinbarung oder im Arbeitsvertrag ausdrücklich so vorgesehen bzw. vereinbart ist. In vielen Tarifverträgen finden sich entsprechende Regelungen, wonach das Arbeitsverhältnis bei Gewährung einer Rente wegen voller Erwerbsminderung mit Ablauf des Monats endet, in dem der Bescheid des Rentenversicherungsträgers zugestellt wird; beginnt die Rente erst nach Zustellung des Rentenbescheides, endet das Arbeitsverhältnis mit Ablauf des dem Rentenbeginn vorangehenden Tages (z. B. § 33 TVöD). Ähnliche Formulierungen werden auch in Arbeitsverträgen verwendet. Bei derartigen Regelungen handelt es sich um eine auflösende Bedingung, deren Wirksamkeit – in Bezug auf die Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen des Rentenbezugs – im Regelfall nicht in Frage steht.

Wird aus einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis heraus eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit rückwirkend zugewilligt, das heißt durch Bescheid des Rentenversicherungsträgers von dem Kalendermonat an zuerkannt, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen für die Rente erfüllt sind, und wird aufgrund der verminderten Erwerbsfähigkeit keine Arbeitsleistung mehr erbracht und besteht ferner kein Anspruch auf Arbeitsentgelt, ist ein Fortbestehen der entgeltlichen Beschäftigung nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV anzunehmen, solange das Arbeitsverhältnis besteht, längstens für einen Monat. Dem steht nicht entgegen, dass der Rentenzubilligung in vielen Fällen ein Krankengeldbezug vorausgeht und aufgrund des Krankengeldbezugs die Mitgliedschaft in der Kranken- und Pflegeversicherung erhalten bleibt bzw. ein eigenständiges Versicherungsverhältnis in der Renten- und Arbeitslosenversicherung unter den dort näher genannten Voraussetzungen besteht. Insofern gilt hier der durch die Rechtsprechung (u. a. Urteil des Bundessozialgerichts vom 17.02.2004 - B 1 KR 7/02 R -, USK 2004-18) geprägte und von den Spitzenorganisationen der Sozialversicherung übernommene Grundsatz, dass die Zeiten der einzelnen Arbeitsunterbrechungen in Bezug auf das Erreichen oder Überschreiten des Monatszeitraums des § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV nicht zusammenzurechnen sind, sofern mehrere Unterbrechungstatbestände unterschiedlicher Art im zeitlichen Ablauf aufeinanderfolgen (z. B.

unbezahlter Urlaub im Anschluss an den Bezug von Krankengeld, Mutterschaftsgeld oder Elternzeit).

Zu berücksichtigen ist ferner, dass die rückwirkende Zubilligung einer Rente wegen voller Erwerbsminderung auch eine rückwirkende Korrektur des versicherungs- und beitragsrechtlichen Status (Beitragsgruppenänderung) zum Zeitpunkt des Rentenbeginns nach sich zieht. In der Krankenversicherung findet der ermäßigte Beitragssatz nach § 243 Satz 1 SGB V Anwendung, weil diese Personen mit Beginn der Rente wegen voller Erwerbsminderung keinen Anspruch auf Krankengeld mehr haben; in der Arbeitslosenversicherung besteht Versicherungsfreiheit nach § 28 Abs. 2 SGB III.

Beispiel 1

versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis

Arbeitsunfähigkeit ab	22.10.2011
Entgeltfortzahlung bis	02.12.2011
Krankengeld ab	03.12.2011
Zubilligung einer unbefristeten Rente wegen voller Erwerbsminderung ab	01.02.2012
Zustellung des Rentenbescheides	18.06.2012
Eingang der Rentenmitteilung bei der Krankenkasse	16.06.2012
Krankengeldbezug bis	16.06.2012
Ende des Arbeitsverhältnisses	30.06.2012

Nach dem Ende des Krankengeldbezugs kommt ein Fortbestehen des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV für die Zeit vom 17.06. bis zum 30.06.2012 in Betracht.

Eine etwaige Einmalzahlung nach Ende des Beschäftigungsverhältnisses unterliegt insoweit der Beitragspflicht, als für die Zeit vom 17.06. bis 30.06.2012 SV-Tage anzusetzen sind und diese Tage bei der Ermittlung der anteiligen Jahresbeitragsbemessungsgrenzen zu berücksichtigen sind.

Im Übrigen verdrängt das Fortbestehen des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV für die Zeit vom 17.06. bis zum 30.06.2012 auch die etwaige Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung aufgrund des Rentenbezugs nach § 5 Abs. 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V bzw. § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 11 SGB XI.

Wird eine volle Erwerbsminderungsrente auf Zeit gewährt, endet das Arbeitsverhältnis in aller Regel nicht. Stattdessen ruht das Arbeitsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten für den Zeitraum, für den die Rente auf Zeit gewährt wird. Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses aus anderen Gründen (z. B. Kündigung, Aufhebungsvertrag) bleibt unberührt.

Auch in diesen Fällen, in denen aus einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis heraus eine befristete Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zugebilligt, d. h. durch Bescheid des Rentenversicherungsträgers nicht vor Beginn des siebten Kalendermonats nach dem Eintritt der Minderung der Erwerbsfähigkeit geleistet wird, ist ein Fortbestehen der entgeltlichen Beschäftigung nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV anzunehmen, solange das Arbeitsverhältnis besteht, längstens für einen Monat.

Beispiel 2

versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis

Arbeitsunfähigkeit ab	22.10.2011
Entgeltfortzahlung bis	02.12.2011
Krankengeld ab	03.12.2011
Zubilligung einer befristeten Rente wegen voller Erwerbsminderung ab	01.08.2012
Zustellung des Rentenbescheides	18.06.2012
Eingang der Rentenmitteilung bei der Krankenkasse	16.06.2012
Krankengeldbezug bis	31.07.2012

Ende des Arbeitsverhältnisses	offen
-------------------------------	-------

Nach dem Ende des Krankengeldbezugs kommt ein Fortbestehen des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV für die Zeit vom 01.08. bis zum 31.08.2012 in Betracht.

Eine etwaige Einmalzahlung im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses unterliegt insoweit der Beitragspflicht, als für die Zeit vom 01.08. bis 31.08.2012 SV-Tage anzusetzen sind und diese Tage bei der Ermittlung der anteiligen Jahresbeitragsbemessungsgrenzen zu berücksichtigen sind.

Im Übrigen verdrängt das Fortbestehen des versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses nach § 7 Abs. 3 Satz 1 SGB IV für die Zeit vom 01.08. bis zum 31.08.2012 auch die etwaige Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung aufgrund des Rentenbezugs nach § 5 Abs. 1 Nr. 11, 11a oder 12 SGB V bzw. § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 11 SGB XI.